

**Service der SPD für Presse, Funk, TV.**

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

## Mitteilung für die Presse

Der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl 1989, GERD WALTER, hat an die neue EG-Kommission, die am 6. Januar ihre Arbeit aufnimmt, appelliert, in der Gesetzgebung zum EG-Binnenmarkt soziale Schutzrechte auf hohem Niveau für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen. In der morgigen Ausgabe des Sozialdemokratischen Pressedienstes schreibt Gerd Walter:

In den kommenden vier Jahren wird es nicht zuletzt von der neuen EG-Kommission unter ihrem Präsidenten Jacques Delors abhängen, was aus dem Projekt Binnenmarkt wird. Ein Gemeinsamer Markt, der der Wirtschaft die große Freiheit bringt, ist dann nicht akzeptabel, wenn nicht gleichzeitig das soziale Europa Realität wird und soziale Errungenschaften der Arbeitnehmer gesichert werden. Die Verwirklichung eines wirksamen Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie der Erhalt der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unabdingbar. Es bleibt zugleich eine zentrale Aufgabe der Kommission, ihren Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Dringend notwendig ist ein europäisches Sozialgesetzbuch mit einem genauen Zeitfahrplan, analog zum Binnenmarkt-Weißbuch.

Gelingt es nicht, den Binnenmarkt für eine soziale und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu nutzen, dann ist antieuropäischer Widerstand der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gewiß. Den Auftrag, die soziale Dimension des Binnenmarktes durchzusetzen, gibt es. Er ist substantieller Bestandteil der Reformen der Römischen Verträge, die von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unterschrieben wurden. Verbriefte Rechte sind möglich, man muß sie nur verwirklichen.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas und die Verwirklichung und Entwicklung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören zusammen. Ich appelliere an die Kommission, diesem Auftrag gerecht zu werden. Die Zusammensetzung der neuen EG-Kommission bietet eine gute Voraussetzung dafür. Auch der neue Binnenmarkt-Kommissar Bangemann wird sich dieser Verpflichtungen in Brüssel, so ist zu hoffen, nicht entziehen.

Die Europäische Gemeinschaft muß ihre soziale Verantwortung auch gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den anderen Teilen der Welt tragen. Die wirtschaftliche Macht, die der Europäische Binnenmarkt zweifellos gegenüber allen Mitbewerbern im Welthandel darstellt, muß sich in einer ökonomischen und sozialen Verpflichtung widerspiegeln. Die Fortentwicklung der internationalen Gemeinschaft ist nicht allein vom Wirtschaftswachstum abhängig, sondern davon, in welchem Maße es gelingt, den Wohlstand und die soziale Sicherheit gerecht zu vermehren. Auch diese Verantwortung müssen die 15 Männer und zwei Frauen in Brüssel übernehmen.